

Änderungsantrag zum Entwurf des SSW-Wahlprogramms des Landesvorstandes

Landesverband

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
info@ssw.de

til/zum:

Dagsordenspunkt/TOP 7

Schleswig/Slesvig, 08.05.2021

Beschluss des Wahlprogrammes zur Bundestagswahl 2021

Die Delegierten des SSW beschließen:

(Der rote Text ist neu)

1. Absatz 1 und 2 auf Seite 7 werden wie folgt geändert:

Als regionale Minderheitenpartei mit einem sozialen und umweltbewussten Anspruch hat der SSW im Rahmen seiner Möglichkeiten schon lange versucht, Antworten auf diese Krisen zu geben und seine Vision einer besseren Welt zu entwickeln, in der ein gutes Leben für alle ermöglicht wird. Im Mittelpunkt unserer politischen Überlegungen und Handlungen stehen Mensch und Umwelt. Die Wirtschaft muss diesen dienen und nicht umgekehrt. Wir orientieren uns dabei an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs). Darüber hinaus bietet uns das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie einen wertorientierten Handlungsrahmen, der zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beiträgt.

Der SSW will auf dieser Grundlage regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir gemeinsam in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren meistern müssen.

2. Punkt 2 auf Seite 10 wird wie folgt geändert:

Wir wollen, dass die **Arbeit der DOMOWINA – des Bundes Lausitzer Sorben - und der Stiftung für das sorbische Volk** für die sorbische Sprache und Kultur weiterhin ausreichend finanziell vom Bund unterstützt wird.

3. Punkt 1 auf Seite 11 wird wie folgt geändert:

Wir wollen, dass Bürger*innen und Organisationen bei Bundesbehörden wie dem Finanzamt, der Bundesarbeitsagentur oder bei den Sozialversicherungsträgern relevante **Dokumente in Dänisch, Friesisch und Sorbisch** einreichen können, ohne für Übersetzungskosten aufkommen zu müssen.

4. Punkt 5 auf Seite 11 wird wie folgt geändert:

Wir wollen, dass mehr **Schilder, Wegweiser und Informationstafeln** im Land zweisprachig ausgestaltet werden – je nach Region auf Deutsch/Dänisch, Deutsch/Friesisch oder Deutsch/Niederdeutsch. Dies gilt auch für öffentliche Bundesbehörden oder bei der Beschilderung von Bundesstraßen im Landesteil Schleswig. **Auch wollen wir uns für die sorbisch-deutsche zweisprachige Ausschilderung in Brandenburg und Sachsen einsetzen.**

5. Nach Punkt 6 wird auf Seite 11 hinzugefügt:

Wir wollen, dass der Bund sich dafür einsetzt, dass die Bereitstellung und Übertragung und ein ungehinderter Empfang von audiovisuellen Inhalten in Gebieten, wo Minderheiten leben, sichergestellt sind. Minderheiten muss es ermöglicht werden, auch über Staatsgrenzen hinweg audiovisuelle Inhalte in ihrer Muttersprache anhören und ansehen zu können.

6. Der letzte Punkt auf Seite 13 wird wie folgt geändert:

Wir wollen eine **Normalisierung** des Lebens für die Bewohner*innen des Grenzlandes. Dazu gehört die **Abschaffung der Grenzkontrollen**. („zugunsten koordinierter, stichprobenartiger Kontrollen im Hinterland“ entfällt)

7. Punkt 1 auf Seite 18 wird wie folgt geändert:

Wir wollen, dass der Bund **die Paris-Abkommen** zum Klimaschutz aus dem Jahr 2015 schneller umsetzt. Das Ziel, **CO2 Neutral zu sein** muss bereits deutlich vor 2050 erreicht werden. Unser Maßstab ist und bleibt: Die Erderwärmung muss aktiv begrenzt werden und darf nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius ansteigen!

8. Punkt 5 aus Seite 18 wird wie folgt geändert:

*Wir wollen, dass der Bund mehr Zuschüsse zur Verfügung stellt, um den Ausbau der **Offshore Windenergie** in Nord- und Ostsee voranzubringen. **Hierbei müssen die ökologischen Belastungsgrenzen von Nord- und Ostsee berücksichtigt werden.***

9. Nach Punkt 3 wird auf Seite 19 folgender neuer Absatz hinzugefügt:

Aktive Einbindung der BürgerInnen in den Naturschutz

Naturschutzpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur eine Aufgabe für die Landwirtschaft. BürgerInnen, Firmen, Kommunen, Vereine und Stiftungen sind selber aktiv und oder möchten selber aktiv werden, fühlen sich verpflichtet einen Beitrag zum Erhalt der Natur zu leisten. So ist es für sie ein hoher Wert, Moor-, Wald- und Trockenrasenbiotope zu erhalten und oder wieder zu renaturieren, Blühwiesen anzulegen und gleichzeitig dabei Patenschaften dafür zu übernehmen.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger **aktiv in den Naturschutz** eingebunden werden.

10. Nach Punkt 5 auf Seite 23 wird folgendes hinzugefügt:

Wir wollen, dass die Forschung für eine **Partitionierung und Transmutation** vorangetrieben wird. Langlebige radioaktive Substanzen könnten mit diesem Verfahren abgetrennt und in weniger gefährliche und kurzlebige Stoffe umgewandelt werden.

11. Am Ende von Absatz 3 auf Seite 31 wird folgender Satz hinzugefügt:

Im Folgenden werden wir mit konkreten Forderungen zur Bundestagswahl darstellen, wie wir uns ein **neues Sozialstaatsmodell** vorstellen.

12. Nach Punkt 3 auf Seite 32 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen eine **solidarische Finanzierung** aller Sozialversicherungszweige durch **paritätische Beiträge** zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Das bedeutet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen.

13. Nach Punkt 3 auf Seite 32 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen, dass der Zugang zu **Familienleistungen entbürokratisiert** und digitalisiert wird, um Familien den Zugriff auf diese Leistungen zu vereinfachen.

14. Nach Punkt 5 auf Seite 34 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen den **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer** beim Ersterwerb eines selbstgebauten Eigenheimes auf bis zu 500.000 Euro erhöhen u.a. um junge Familien zu unterstützen.

15. Nach Punkt 2 im Abschnitt „Ausbau und Renovierung.“ auf Seite 34 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen den Einstieg in ein **Angebot von Wohnheimen** für Auszubildende.

16. Nach Punkt 10 auf Seite 35 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und **mehr Mitbestimmungsrechte** der Beschäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Es sollen Anreize für Unternehmen und Beschäftigte für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt gesetzt werden.

17. Nach Punkt 10 auf Seite 35 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen ein **Bundestariftreuegesetz**, damit Tariftreue von Unternehmen zur Voraussetzung für die öffentliche Auftragsvergabe und die Bewilligung staatlicher Fördermittel wird.

18. Nach Punkt 10 auf Seite 35 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die Aufnahme **neuer Mitbestimmungsrechte** in das Betriebsverfassungsgesetz zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung und KI, Internationalisierung.

19. Nach Punkt 10 auf Seite 35 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen eine **Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung** geltender Tarifverträge sowie die Erstreckung regional allgemeinverbindlicher Tarife auf **Entsendefirmen**.

20. Nach Punkt 10 auf Seite 35 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die Möglichkeit für Gewerkschaftsmitglieder, ihren **Gewerkschaftsbeitrag** zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pausch- betrag **steuerlich geltend** machen zu können.

21. Die bisherigen Punkte 3 u. 4 auf Seite 37 werden wie folgt geändert:

Wir wollen die **Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs** vorantreiben, um den **Betroffenen** die Wahlfreiheit in einer schwierigen persönlichen Situation zu geben. Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs **stellt eine Benachteiligung dar, die den Zugang** zu Informationen **und ärztlicher Hilfe erschwert und eine** zusätzliche psychische Belastung **mit sich bringt**.

Wir wollen die **Abschaffung des § 219a StGB**. Hierbei geht es uns um das **Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Familienplanung**. Der Zugang zu Informationen für Schwangere muss **erleichtert und legalisiert werden**. Ärzt*innen muss ermöglicht werden, ihre Patient*innen **sachlich und niedrigschwellig** über die verschiedenen medizinischen Methoden eines Schwangerschaftsabbruchs zu informieren.

22. Punkt 6 auf Seite 38 wird wie folgt geändert:

Wir wollen alle **diskriminierende Elemente** in der **Steuergesetzbarkeit** abschaffen, die auf das Modell eines Vollerwerbers bzw. einer Vollerwerberin setzen und langfristig zur finanziellen Abhängigkeit der Person führen, die wenig oder gar nichts verdient. Wir setzen uns für existenzsichernde Löhne für alle erwachsenen Personen ein. Steuerrechtlich muss es eine größere Rolle spielen, ob **Kinder in der Familie** leben oder nicht. Darum fordern wir ein **Familiensplitting**.

23. Der Abschnitt „Frauen vor Gewalt schützen“ auf Seite 40 wird wie folgt geändert:

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein geschlechtsspezifisches Thema, denn sie geht fast immer von Männern aus. An jedem dritten Tag wird eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Für uns sind diese Zahlen keine Einzelfälle. Sie müssen als strukturelles

Problem erkannt und bekämpft werden. Patriarchalische Sozialisation führt zu ganz konkreten Gefahren– für alle Geschlechter. Männer sind bei Gewaltverbrechen mehrheitlich Täter, aber auch Opfer. Bei der partnerschaftlichen Gewalt hingegen sind 8 der 10 Opfer Frauen. Wir müssen daher über die Machtkomponente bei Gewalt im Geschlechterverhältnis sprechen.

Es ist daher Aufgabe der Gesellschaft, Frauen vor Gewalt zu schützen. Es benötigt viele Bausteine, um ein adäquates Hilfesystem vorzuhalten, das in ganz Deutschland mit einheitlichen Standards versehen wird. Gewalt gegen Frauen ist vielschichtig. Sie reicht von häuslicher Gewalt bis zu Zwangsprostitution und Frauenhandel. Um die Gewalt gegen Frauen in allen Facetten zu bekämpfen, fordert der SSW nicht nur eine Verbesserung bei den Ermittlungsbehörden, sondern auch eine Gesetzgebung, die Frauen besser vor Gewalt schützt. Der SSW lehnt Gewalt in all ihren Formen ab. Auch Jungen und Männer werden Opfer von Gewalt und benötigen Strukturen, die ihnen Hilfe und Schutz bieten.

24. Punkt 1 auf Seite 40 wird wie folgt geändert:

Wir wollen einen bundesweit **geltenden Rechtsanspruch** für alle von Gewalt **betroffenen Personen**.

25. Die Überschrift auf Seite 41 wird wie folgt geändert:

2.7 Der Bund muss mehr in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Digitalisierung in Schleswig-Holstein investieren

26. Beim letzten Punkt auf Seite 41 wird folgender Spiegelstrich hinzugefügt:

Neumünster-Bad Oldesloe (zweispurig und elektrifiziert)

27. Nach dem letzten Punkt auf Seite 41 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen, dass der Bund sich aktiv für den Ausbau des Nachtzugangebotes in Europa und die Senkung der Trassenpreise einsetzt

28. Punkt 2 auf Seite 42 wird wie folgt geändert:

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **Berufspendler*innen, Studierende, alle jungen Menschen in Ausbildung und Menschen in besonderen Lebenslagen** künftig stärker bei Tarifvergünstigungen berücksichtigt werden.

29. Nach Punkt 8 auf Seite 47 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen, dass **ökologischere Alternativen zur Monokultur** gefördert werden, um die Natur zu entlasten und die Artenvielfalt nicht weiter zu schädigen. Landwirt*innen müssen bei der Umrüstung von Monokulturen zu ökologischen Alternativen unterstützt werden.

30. Nach Punkt 8 auf Seite 47 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen, dass der **Einsatz von Antibiotika** in der **Tierhaltung** reduziert wird, insbesondere der Gebrauch von Reserveantibiotika, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden.

31. Punkt 3 im Abschnitt „Keine weiteren finanzielle Belastung ..“ auf Seite 50 wird wie folgt geändert:

Wir wollen, dass die **Erbschaftssteuer** für das Erbe der **besonders großen** Vermögen **erhöht wird**. Die Mittelschicht sowie kleinere und mittlere Unternehmen sollen durch Freibeträge von der Erbschaftssteuer ausgenommen werden.

32. Im Abschnitt „Keine weiteren finanzielle Belastung ..“ auf Seite 50 wird nach Punkt 1 folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen zusätzlich zu der Entlastung von den Sozialbeiträgen, den **Grundfreibetrag erhöhen** um die unteren Einkommen auch von der Einkommenssteuer zu entlasten.

33. Im Abschnitt „Keine weiteren finanziel..“ auf Seite 50 wird nach Punkt 3 folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen **Privatanleger** bei ihrer **privaten Altersvorsorge** unterstützen. Deshalb wollen wir die langfristige Anlage in Wertpapiere durch steuerliche Entlastung bevorzugen. Hierfür schlagen wir vor, ein **privates Altersvorsorge** Konto einzurichten. Kursgewinne, Ausschüttungen und Zinserträge innerhalb dieses Kontos bleiben steuerfrei, solange sie nicht vor Renteneintritt entnommen werden. Die Entnahme des Geldes ist ab dem Renteneintritt möglich.

34. Nach Punkt 2 auf Seite 51 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die **Schuldenbremse reformieren**, um notwendige **öffentliche Investition** durch die Aufnahme von neuen Schulden zu ermöglichen.

35. Nach Punkt 5 auf Seite 53 wird folgende Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die bundesweite Einführung von **Wissensvermittlung** zu den **vier nationalen Minderheiten** in allen Bildungsbereichen, von der Krippe bis zur Fortbildung, nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens.

36. Nach Punkt 5 auf Seite 53 wird folgende Punkt hinzugefügt:

Wir wollen erreichen, dass **Unterrichtsmaterialien und – Einheiten** erstellt werden, die eine **fächerübergreifende Vermittlung** sichern und den **Mehrwert von nationalen Minderheiten** für die Gesellschaft und die Demokratie im Fokus haben.

37. Nach Punkt 5 auf Seite 53 wird folgende Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die **Einführung einer bundesweiten Plattform**, die die Verbreitung von Lehrmaterialien und – Einheiten als Ziel hat, sowie Kooperationen mit den Institutionen der nationalen **Minderheiten**, der Bundeszentrale für Politische Bildung und den Landeszentralen für politische Bildung pflegt.

38. Folgender Abschnitt auf Seite 54 wird von Kapitel 2.10 in Kapitel 2.5 verschoben:

Kinderarmut bekämpfen

39. Die Überschrift im zweiten Abschnitt auf Seite 55 wird wie folgt geändert:

Erinnerungskultur stärken

40. Folgender Abschnitt wird auf Seite 61 hinzugefügt:

Stärkere Auseinandersetzung mit rassistischem Denken und Handeln vorantreiben
Wir müssen uns, auch aus einer historischen Verantwortung heraus, gesellschaftlich weiter damit auseinandersetzen, wie wir rassistischem Denken und Handeln etwas entgegensetzen

können. Dabei wissen wir, dass Rassismus kein Phänomen des rechten Randes ist, sondern auch dort wirkt, wo wir gerne von der „Mitte der Gesellschaft“ sprechen. Wir brauchen ein aktiv antirassistisches, politisches Handeln! Das beinhaltet für uns auch eine bessere Präventionsarbeit. Die Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten ist ohne Frage ein wichtiger Baustein, aber wir müssen auch Menschen außerhalb der Bildungssysteme ansprechen.

Wir wollen, dass **niemand wegen der Hautfarbe, vermeintlichen Herkunft, vermuteter Religion oder anderer Zuschreibungen diskriminiert werden darf**. Das betrifft sowohl Situationen des Alltagsrassismus, als auch indirekte institutionelle Diskriminierung.

Wir wollen, dass die **Aktionspläne gegen Rassismus** auf EU-, Bundes- und Landesebene unterstützt werden. Neben mehr Forschung zum Thema Rassismus fordern wir außerdem den Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen und die Stärkung von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind.

41. Der letzte Punkt auf Seite 63 wird wie folgt geändert:

Wir wollen **die Voraussetzungen** für ein Wahlrecht für Drittstaatenangehörige zu **Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen** schaffen.

42. Nach Punkt 4 auf Seite 66 wird folgender Punkt hinzugefügt:

Wir wollen die **Situation den Flüchtlingslagern** in Südeuropa, die **besorgniserregend** ist, **ändern**. Unterbringung, Versorgung und die medizinischen Angebote müssen schnellstmöglich verbessert werden.

43. Abschnitt 2 des einleitenden Textes von „Europa ist weiterhin ein Friedensprojekt“ auf Seite 68 wird wie folgt geändert:

*Leider werden die Grundrechte vieler Volksgruppen und Minderheiten nicht in allen europäischen Staaten geachtet. Nationale und **Minderheiten ohne Bezugsstaat** sind ein natürlicher Bestandteil der EU und bereichern die kulturelle Vielfalt. Die Wichtigkeit der nationalen und staatenlosen Minderheiten in der EU muss sich auch in der europäischen Kommission widerspiegeln.*